



Deutschlands Datenportal GovData auf dem Weg in den Regelbetrieb

Deutschlands Datenportal GovData auf dem Weg in den Regelbetrieb
Neue Geschäfts- und Koordinierungsstelle in Hamburg nimmt Arbeit auf
Ab dem 1. Januar 2015 geht die Verantwortung für das bundesweite, ebenen-übergreifende Datenportal "GovData" vom Bund auf die Freie Hansestadt Hamburg über. Nach fast zweijähriger Erprobungsphase im Rahmen eines Forschungsprojekts übernimmt eine neu eingerichtete, bei der Finanzbehörde Hamburg angesiedelte Geschäfts- und Koordinierungsstelle künftig die Verantwortung für das Datenportal GovData. Diese wird ab sofort zusammen mit dem aktuellen technischen Betreiber Fraunhofer FOKUS das Portal betreuen, weiterentwickeln und als zentraler Ansprechpartner für alle Fragen rund um das Portal zur Verfügung stehen. Gleichzeitig wird die Geschäftsstelle die derzeit in der Ausschreibung befindliche Überführung in den technischen Regelbetrieb koordinieren.
Das Datenportal GovData ist ein ebenenübergreifendes Metadatenportal, über das Verwaltungsdaten von Bund, Ländern und Kommunen einfach auffindbar und für eine Weiterverwendung nutzbar gemacht werden können. Hierbei handelt es sich unter anderem um Geo-, Statistik- und Umweltdaten.
Die Finanzierung des Portals teilen sich der Bund und die Länder Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Sachsen. Grundlage der Zusammenarbeit sind eine Verwaltungsvereinbarung sowie Beschlüsse des IT-Planungsrats.
Staatsrat Jens Lattmann, Finanzbehörde Hamburg: "Mit der Ansiedlung der Geschäfts- und Koordinierungsstelle GovData wird der Status Hamburgs als "Transparenzhauptstadt" unterstrichen. Hamburg hat mit der erfolgreichen Umsetzung des Transparenzgesetzes gezeigt, dass in diesem Bereich eine große Kompetenz in der Hamburger Verwaltung vorhanden ist. Ich freue mich, dass der IT-Planungsrat dies offensichtlich genauso sieht und uns mit dieser Aufgabe betraut hat."
Die Staatssekretärin im Bundesinnenministerium und Beauftragte der Bundesregierung für Informationstechnik, Cornelia Rogall-Grothe, sagte anlässlich der Einrichtung der Geschäfts- und Koordinierungsstelle: "Ich freue mich, dass nun alle Voraussetzungen geschaffen wurden, um GovData von einem vom Bundesinnenministerium initiierten Prototypen in einen von Bund und Ländern gemeinsam getragenen Regelbetrieb überführen zu können. Damit hat die Bundesregierung auch eine zentrale Verpflichtung ihres Open-Data-Aktionsplans erfüllt."
Bundesministerium des Innern (BMI)
Alt-Moabit 101 D
10559 Berlin
Telefon: +49 30 18681-1022/-1023 /-1089
Telefax: +49 30 18681-1083
Mail: presse@bmi.bund.de
URL: <http://www.bmi.bund.de>

Pressekontakt

Bundesministerium des Innern (BMI)

10559 Berlin

bmi.bund.de
presse@bmi.bund.de

Firmenkontakt

Bundesministerium des Innern (BMI)

10559 Berlin

bmi.bund.de
presse@bmi.bund.de

Das Bundesministerium des Innern ist verantwortlich für die innere Sicherheit. Dazu gehören sowohl die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger als auch der Schutz unserer Verfassung. Weiteres wesentliches Element im nationalen Sicherheitssystem ist der Aufgabenbereich Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe. Das Bundesministerium des Innern erfüllt ein breites Aufgabenspektrum und ist differenziert organisiert. Es hat seinen Sitz in Berlin und Bonn und verfügt über eine weit verzweigte Behördenstruktur. Seit dem 12. Juli 1999 ist Berlin sein erster Dienstsitz. Das im Bezirk Berlin-Mitte, Ortsteil Moabit, gelegene Dienstgebäude bietet auf 13 Etagen Raum für rund 900 Berliner Bedienstete des Ministeriums. Der Bundesminister des Innern kümmert sich um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in der Informationsgesellschaft. Er sorgt dafür, dass sie den neuen Informations- und Kommunikationstechniken vertrauen können und dass ihre Privatsphäre geschützt bleibt. Auch Migrations- und Integrationspolitik gehört zu den zentralen Aufgaben des Bundesinnenministeriums. Migration ist ein weltweites Phänomen, dessen Bedeutung seit Bestehen der Bundesrepublik stark zugenommen hat. Der Bundesminister des Innern ist ebenfalls zuständig für den öffentlichen Dienst. Über 5 Millionen Menschen sind in Deutschland beim Staat - beim Bund, bei den Ländern und Gemeinden - beschäftigt.